

INHALT

I.	Merkel und Steinmeier Uneins in Türkei-Politik	2
II.	Mehr Druck auf Zypern, Mehr Aufrichtigkeit gegenüber der Türkei: Kommentare zur EU-Entscheidung, acht Verhandlungskapitel einzufrieren	3
III.	Deutsche Ratspräsidentschaft: Hohe Erwartungen in der Verfassungsfrage	5
IV.	Umfrage: EU schadet dem deutschen Arbeitsmarkt – Türkei passt nicht rein	6
V.	Studien: Deutschland profitiert von EU-Erweiterung	7
VI.	Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien eingeschränkt	8
VII.	Positive Wirtschaftsprognosen für 2007	9
VIII.	Wirtschaft und Regierung streiten über CO₂-Ausstoß	11
IX.	Geplantes Rauchverbot scheitert	12
X.	Deutschlands IT-Branche fordert Einwanderung nach Punktesystem	12
XI.	Firmennachrichten	13

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER
TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG
Dezember 2006

I. Merkel und Steinmeier Uneins in Türkei-Politik

In der großen Koalition kam es im Vorfeld des EU-Gipfels zu einem Streit zwischen Außenminister Steinmeier (SPD) und der Bundeskanzlerin Merkel (CDU) über die Türkei-Politik. Die Kanzlerin schlug eine Revisionsklausel zur Wiederaufnahme der eingefrorenen Verhandlungskapitel vor. Demnach hätte die Europäische Kommission vor der Europawahl im Frühjahr 2009 neben dem turnusmäßigen, jährlichen Fortschrittsbericht einen gesonderten Fortschrittsbericht vorgelegt. Auf dessen Grundlage hätten dann die Staats- und Regierungschefs über die Wiederaufnahme oder Nichtwiederaufnahme der Verhandlungen nicht nur über die suspendierten Kapitel, sondern über die Beitrittsgespräche an sich zu entscheiden. Steinmeier dagegen warnte in einem Spiegel Interview vor den Folgen einer „unangemessenen Reaktion“ gegenüber der Türkei wegen des Zypern-Konflikts.

Den Konflikt kommentiert **Nico Fried, Süddeutsche Zeitung**, als längst überfällig, da CDU und SPD in der Türkei-Frage gespalten sind: „Dass es nun über die Verhandlungen mit der Türkei zum ersten offenen Konflikt kommt, ist kein Zufall. In keinem anderen außenpolitischen Thema steckt so viel innenpolitische Sprengkraft. Die Union hat die Formulierung im Koalitionsvertrag, mit der die rot-grüne Türkeipolitik fortgeschrieben wurde, zwar geschluckt, aber nie verdaut. Edmund Stoiber und Roland Koch nutzten die Debatte um eine Revision der europäischen Politik umgehend für die Forderung nach einer Revision der deutschen Haltung. Stoiber und Koch, aber auch Merkel begehen dabei zwei Fehler: Erstens überschätzen sie das Potential des Türkei-Themas für einen Wahlkampf. Zweitens unterschätzen sie den möglichen Schaden.“

Andreas Rinke, Handelsblatt wirft der Kanzlerin vor, aus innenpolitischen Motiven außenpolitische Gräben aufzureißen, statt zu vermitteln, wie es von der deutschen Ratspräsidentschaft erwartet werde: „Merkel fährt einen schizophrenen Kurs, weil sie als Kanzlerin die EU-Beschlüsse zu den Beitrittsgesprächen mit der Türkei beachten, als CDU-Chefin aber einen EU Beitritt verhindern will. Da liegt der Gedanke nahe, dass sie innenpolitischen Überlegungen Priorität einräumt, weil die Beitrittsgegner in CDU und CSU mobil machen. Wie zu Bestätigung preisen die Unionspolitiker die Revisionsklausel in den höchsten Tönen, die SPD schweigt betreten.“

Martin Schulz, SPE-Vorsitzender im Europaparlament, kritisiert im **Deutschlandradio** die unklare Position Merkels bezüglich der Türkei: „Das Fatale an dem Türkeibeitritt ist: Man kann ja dafür sein, da muss man es auch offen sagen. Man kann dagegen sein, das ist das gute Recht eines jeden zu sagen: Ich will das nicht! Aber man kann sich nicht so verhalten, wie Frau Merkel das zum Beispiel macht, die auf der einen Seite sagt, wenn ich Bundeskanzlerin bin, dann bin ich dafür, weil das ist deutsche Regierungspolitik, und wenn ich CDU-Chefin bin, dann bin ich dagegen, damit ich nicht Edmund Stoiber auch noch mehr Platz lasse. So kann man ja keine Politik machen. Und genau weil viele, nicht nur Frau Merkel, auch der Herr Balkenende, der Herr Chirac und der Herr Schüssel so handeln, fühlen sich viele Bürger einfach, wie Sie richtigerweise sagen, nicht mitgenommen. Man muss in der Politik bei kontroversen Fragen wie Türkeibeitritt Flagge zeigen - entweder dafür oder dagegen. Das gilt aber auch umgekehrt für die Türken. Die türkische Regierung kann auch nicht diesen Schlingerkurs fahren, den der Herr Erdogan sich da erlaubt. Die muss vor allen Dingen ihre Versprechungen auch halten.“

II. Mehr Druck auf Zypern, Mehr Aufrichtigkeit gegenüber der Türkei: Kommentare zur EU-Entscheidung, acht Verhandlungskapitel einzufrieren

Die europäischen Regierungschefs beschlossen acht der 35 Verhandlungskapitel mit der Türkei einzufrieren, weil die Türkei nicht wie von der EU gefordert ihre Flug- und Seehäfen für Flugzeuge und Schiffe aus Zypern geöffnet hat.

Günther Verheugen betont im **Deutschlandradio**, dass die Weigerung der Türkei, ihre See- und Flughäfen für Zypern zu öffnen, im Zusammenhang steht, mit den nicht eingehaltenen Versprechungen der EU: „Es gibt keine rechtliche Verbindung zwischen diesen beiden Fragen, und die Türkei kann also nicht ein rechtliches Junktim herstellen. Da besteht ja eine politische Verbindung, und dazu muss man die Vorgeschichte kennen. Und die Vorgeschichte ist eben so, dass nach dem Scheitern des Volksentscheides über den Friedensplan der Vereinten Nationen, der zur Wiedervereinigung Zyperns hätte führen sollen, die Europäische Union der türkisch-zyprischen Gemeinschaft eine Zusage gemacht hat. Denn die Türken hatten ja dem Friedensplan von Kofi Annan zugestimmt, die griechischen Zyprioten hatten ihn abgelehnt. Und die EU hat damals gesagt: "Darunter sollen die türkischen Zyprioten jetzt nicht leiden und wir wollen die ökonomische Integration des türkisch-zyprischen Teils der Insel jetzt vorantreiben." Und entsprechende Vorschläge sind gemacht worden, aber sie konnten nicht realisiert werden, weil sie im Rat keine Einstimmigkeit gefunden haben. Das ist der politische Zusammenhang.“

Gerd Appenzeller, **Tagespiegel** ist der Meinung, dass Zypern als Vorwand genommen wird, um die nicht gewollten Verhandlungen zu torpedieren: „Die Aufarbeitung des Zypernkonflikts sind nur ein Vorwand für den neu aufgeflammt Streit über einen EU-Beitritt der Türkei in fernerer Zukunft. Politische Gegner dieses Projekts wie Edmund Stoiber sehen im Zypernkonflikt den Hebel, um das Thema ein für alle Mal zu beenden – mit einem definitiven Nein. Diese Gruppe ist zwar laut, aber sie ist eine Minderheit. Die besonneneren deutschen Europapolitiker in allen Parteien möchten die Situation für eine Denkpause auf beiden Seiten nutzen.“

Jürgen Gottschlich, Spiegel Online, interpretiert den Beschluss der EU-Außenminister auch als ein Signal, den Druck auf die griechisch-zyprische Regierung zu erhöhen: „Sollte über die verbleibenden 26 Kapitel tatsächlich verhandelt werden, wäre das schon ein Erfolg für Ankara. Wichtiger aber noch ist die Zusage, die pro Türkei-Fraktion innerhalb der EU den griechischen Zyprioten über die Zukunft Nordzyperns abgerungen hat. Laut dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat die Regierung Papadopoulos zugesagt, ab Januar die bislang eingefrorenen EU-Hilfen für Nordzypern aufzutauen und einen direkten Handel zwischen dem türkischen Nordzypern und der EU zuzulassen.

Das allein ist ein entscheidender Schritt für die türkische Seite. Noch wichtiger aber ist die Zusage der EU, im kommenden Jahr entschieden neue Verhandlungen über eine generelle Lösung der Zypernfrage unter der Moderation der Uno zu unterstützen. Der Grund, warum die Türkei-EU-Verhandlungen bisher nicht in Gang gekommen sind, ist ja nicht nur wie von Merkel und anderen immer behauptet, dass die Türkei ihre Häfen und Flughäfen für Zypern nicht öffnet. Genauso bedeutsam ist, dass die griechisch-zypriotische Regierung sich seit der Ablehnung des Uno-Planes zur Wiedervereinigung der Insel durch die griechische Bevölkerung im April 2004 weigert, mit den türkischen Zyprioten überhaupt noch über eine politische Lösung zu verhandeln.

Anscheinend hat die Mehrheit der EU-Außenminister in ihrem zehnstündigen Sitzungsmarathon am Montag den griechischen Zyprioten endlich einmal die Folterwerkzeuge gezeigt und deutlich gemacht, dass sie auf Dauer nicht gewillt ist, diese Blockade einfach hinzunehmen. Eine Schlüsselrolle dabei spielen die Briten.“

Auch Horst Bacia, FAZ, hält das Einfrieren der acht Kapitel für wenig tragisch, da die Verhandlungen in den anderen Kapiteln weitergehen können: „Die von den Außenministern verhängte Strafe ist milde ausgefallen. Mit der ausgesprochenen, weitgehend symbolischen Rüge kann die Regierung Erdogan, die in der Heimat wegen angeblich zu großer Nachgiebigkeit gegenüber der EU von der Opposition und der Führung der Streitkräfte unter Druck gesetzt wird, ganz gut leben. Wie von der EU-Kommission vorgeschlagen worden ist, werden die Beitrittsverhandlungen nun zum Teil ausgesetzt. Die dramatische Geste eines Abbruchs ist ohnehin nie eine echte Option gewesen. Bei acht der insgesamt 35 Kapitel, in welche die Verhandlungen zur Übernahme der Regeln und des Rechtsbestands der EU aufgeteilt sind, werden die Gespräche nicht eröffnet, solange die Türkei die Verpflichtung zur vollständigen Anwendung des Zusatzprotokolls nicht erfüllt hat. Das heißt aber auch: Über die anderen Kapitel kann derweil weiterverhandelt werden. Fachleute der Kommission meinen, daß damit genügend Verhandlungsmasse für gut fünf Jahre vorhanden sei.

Von einer "Überprüfungsklausel", für die sich auch Bundeskanzlerin Merkel eingesetzt hat, ist bei genauer Betrachtung nicht viel übrig geblieben. Der Ministerrat wird in den kommenden Jahren - "insbesondere 2007, 2008 und 2009" - regelmäßig auf der Grundlage der von der Kommission vorzulegenden Fortschrittsberichte beurteilen, ob die Türkei alle aus der Zollunion sich ergebenden Verpflichtungen erfüllt hat oder nicht. Das bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Teilaussetzung der Verhandlungen zu verschärfen oder zu lockern. Bestimmte Fristen oder gar ein Ultimatum werden Ankara aber nicht gesetzt. Zu erwarten sind also jedes Jahr neue, quälende Bemühungen der Diplomaten um einen für alle Mitgliedstaaten,

einschließlich Zyperns, annehmbaren Kompromiß. Die jetzt mühsam erreichte Einigung hat immerhin gezeigt, daß die Republik Zypern und ihr Präsident Papadopoulos - trotz des Alleinvertretungsanspruchs für die gesamte Insel, auf den sie sich berufen dürfen - ihre Karten nicht überreizen können. Alle wissen, daß eine Lösung des Zypern-Konflikts nach dem Plan der Vereinten Nationen im Frühjahr 2004 an den Zyperngriechen und nicht an den Zyperntürken oder der Türkei gescheitert ist.“

Alexander Gauland, Tagesspiegel, fordert nicht länger das Zypernproblem als Hinderungsgrund für die Türkei auf dem Weg in die EU zu missbrauche, sondern der Türkei zu sagen, dass sie in der EU nicht erwünscht ist, weil sie kulturell nicht dazu passt: „Weil die Türkei im Kalten Krieg die Südflanke der Nato abdeckte, verschafften ihr die USA das Eintrittsbillett in die Europäische Gemeinschaft. Schließlich kam es der amerikanischen Weltmacht nicht auf kulturelle Homogenität und europäische Handlungsfähigkeit, sondern auf strategische Vorfeldsicherung an. Und da die Engländer immer nur eine Freihandelszone, aber kein einiges Europa wollten, kam ihnen der amerikanische Wunsch als Mittel zur Blockierung eines politischen Europas gerade recht.

Doch statt die Auseinandersetzung anzunehmen, verschanzen sich auch die Gegner hinter allen möglich Tricks. Einer davon ist das Zypern-Problem. Dass man dem geteilten Inselstaat, dessen griechische Südhälfte allein niemals der EU hätte beitreten dürfen, nun ein Veto-Recht in einer europäischen Grundsatzfrage einräumt, ist eine politische Bankrotterklärung. Statt die Argumente der amerikanischen, englischen und grünen Beitrittsbefürworter zu zerpfücken, verschanzt sich die kontinentaleuropäische, politische Elite hinter Zypern und der Hoffnung, dass am Ende schon eine der unvermeidlichen Volksabstimmungen über den Beitritt schief gehen wird.

Nein, nicht das Zypernproblem oder Gefängnisse, die nicht dem deutschen Standard entsprechen, disqualifizieren Ankaras Beitrittswunsch, sondern eine mehr als 1000-jährige andere Geschichte, eine tiefe kulturelle Differenz und die oft polemisch geleugnete Tatsache, dass Europa eben doch ein Christenklub ist, also ein Kontinent mit gemeinsamen Wurzeln und gemeinsamen Wegen wie Irrwegen, die 85 Jahre kemalistische Modernisierung nicht ersetzen können.“

III. Deutsche Ratspräsidentschaft: Hohe Erwartungen in der Verfassungsfrage

Die Wiederbelebung der europäischen Verfassung ist einer der Hauptprioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft. Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gaben als oberstes Ziel einen Durchbruch in der Verfassungsdebatte an. Als erster Schritt dahin gilt die Berliner Erklärung, die am 24. März zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge veröffentlicht werden soll. Darin soll die Bedeutung der EU im 21. Jahrhundert geschildert werden. Der feierliche Rahmen soll dabei ein Klima schaffen, das einen Neuanlauf Einigung für einen Neuanlauf für die Verfassung beim Juni-Gipfel erlaubt. Bis zur Europawahl im Jahr 2009 soll nach dem Willen der Kanzlerin ein gemeinsames Ergebnis erreicht werden. Deutschland werde bis zum Ende des EU-Vorsitzes im Sommer 2007 dafür einen konkreten Fahrplan vorlegen.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), sagte im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, dass angesichts ausstehenden institutionellen Reformen „das europäische Projekt tief in der Krise“ stecke, warnte aber vor zu hohen Erwartungen und die deutsche Ratspräsidentschaft: „Wunder können wir nicht vollbringen“. Die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrags will Steinmeier erhalten. Bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft will Steinmeier: „Einen Vorschlag für das Verfahren, mit Zeitplan und den Konturen einer Lösung. Dafür haben wir das Mandat. Zunächst aber wollen wir ausloten, wo Chancen für eine Einigung liegen. Es wäre nicht klug, zu früh mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit zu gehen.“

Matthias Kaman, Die Welt, hält es dagegen für falsch, dass die Bundesregierung den Verfassungsvertrag wieder beleben will: „Es ist das Falscheste, was sie sich für ihre Ratspräsidentschaft vornehmen kann. Die Verfassung ist in zwei EU-Gründungsstaaten, Frankreich und den Niederlanden, klar abgelehnt worden. Wer sie nun wieder aus der Versenkung holen will, riskiert, dass die Bürger erst recht in jenes Ressentiment verfallen, das dem Vertrag bisher schon entgegenschlug: Die politische Klasse schere sich nicht um Volkes Stimme.“

Zwar ist die Verfassung besser als ihr Ruf. Doch wegen nationaler Empfindlichkeiten wurde sie derart unübersichtlich und konturlos, dass sie zur idealen Projektionsfläche für alles geriet, was den Menschen an Europa derzeit nicht passt.

Statt diese Aversion zu befeuern, müsste man sich mit deren Gründen befassen. Dabei würde man erkennen, dass die Menschen eben das ablehnen, was die Verfassung bewirken soll, die Vertiefung der EU durch die Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf Brüssel. Merkel aber, viele ihrer Kollegen und die Kommission tun so, als hätten Europas Bürger gegen die Vertiefung nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Erweiterung. Entsprechend schroff behandelt man nun Beitrittsaspiranten. Wenn das einhergeht mit neuen Verfassungsvorstößen, entsteht der Eindruck, als solle der Unmut der Bürger in Richtung Südosteuropa abgeleitet werden, damit die Vertiefungsmaßnahmen durchgewinkt werden können. Das liefe auf eine Manipulation des Bürgerwillens hinaus.“

Für eine Wiederbelebung des Verfassungsprojektes spricht dagegen, dass in der Bevölkerung der EU die Zustimmung zu EU-Verfassung wächst. Eine „Eurobarometer“-Herbstumfrage zeigt, dass auch in den beiden Ländern, in denen Verfassungsreferenden 2004 scheiterten, wieder eine Mehrheit für ein europäisches Grundgesetz sind. 56 Prozent der befragten Franzosen (plus fünf Prozentpunkte) und 59 Prozent der Niederländer (plus sechs) sprachen sich für das Projekt aus. In Deutschland befürworten sogar 73 Prozent (plus zwei) eine EU-Verfassung. Derzeit haben 16 von 25 EU-Staaten die EU-Verfassung ratifiziert.

IV. Umfrage: EU schadet dem deutschen Arbeitsmarkt – Türkei passt nicht rein

Insgesamt 59 Prozent der Deutschen halten die EU-Mitgliedschaft der Bundesrepublik für eine gute Sache. Zugleich sind jedoch 70 Prozent der Befragten der Meinung, dass die EU einen

negativen Effekt auf den Arbeitsmarkt gehabt hat. Und immerhin 48 Prozent bezweifeln, dass sich die EU-Mitgliedschaft positiv auf den Lebensstandard ausgewirkt hat.

Einmal im Halbjahr lotet die EU-Kommission die Stimmung der Europäer aus. In Deutschland übernahm das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest diese Aufgabe. Rund 1600 Bundesbürger wurden im September und Oktober befragt.

Geht es nach den Deutschen dürften die Schweiz, Norwegen und Island sofort der EU beitreten. Für die Aufnahme dieser wohlhabenden Nationen gäbe es in Deutschland eine Zustimmung von 75 Prozent und mehr. Die drei Länder haben jedoch kein Interesse an einer EU-Mitgliedschaft.

Ärmere Länder sind dagegen weniger willkommen. Nur 16 Prozent der Deutschen und 28 Prozent der Europäer wünschen sich den EU-Beitritt der Türkei. Auch gegen Bosnien-Herzegowina und Albanien gibt es große Vorbehalte. Immerhin 44 Prozent der Befragten können sich eine Mitgliedschaft Kroatiens in der EU vorstellen.

Am größten aber sind die Vorbehalte gegen die Türkei. Drei Viertel der Deutschen sind der Meinung, dass kulturelle Unterschiede gegen einen türkischen EU-Beitritt sprechen. Gar 78 Prozent fürchten Wanderbewegungen aus der Türkei in reichere EU-Länder. Die Argumente der Befürworter einer türkischen EU-Mitgliedschaft kommen dagegen nicht an. Nur 22 Prozent der Deutschen glauben, dass sich durch die Mitgliedschaft die Sicherheitslage in der Region verbessern werde.

Financial Times Deutschland

V. Studien: Deutschland profitiert von EU-Erweiterung

Zunehmend engere Handelsbeziehungen und eine weitere Verflechtung der Arbeitsmärkte mit den neuen Mitgliedsländern steigerten das Wachstum langfristig um einen Prozentpunkt, hieß in der am Donnerstag vorgestellten Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Zudem wirke sich die EU-Erweiterung positiv auf Löhne und Beschäftigung aus.

Der Handel zwischen alten und neuen EU-Ländern sei in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als erwartet. Seit 2004 wächse der Studie zufolge das Plus im Außenhandel mit den neuen Mitgliedern. Es gebe auch negative Effekte durch die Verlagerung von Produktionsstätten. Doch dürften diese insgesamt gering ausfallen.

Würde die Bundesregierung die geltenden Beschränkungen bei der Einwanderung von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsländern aufheben, dürfte dies das Wachstum weiter fördern, erklärten die Wissenschaftler. Die deutsche Industrie, die seit Jahren über einen Mangel an Fachkräften klagt, könnte dadurch gewinnen. Gleichzeitig könnten aber in einigen Branchen

die Arbeitslosigkeit und der Druck auf die Löhne steigen. Besonders betroffen sind den Experten zufolge die Landwirtschaft und der Bausektor.

Bisher hatten Zuwanderungsbeschränkungen in Deutschland und Österreich vor allem den Zuzug nach Großbritannien und Irland erhöht. Neben Deutschland haben Frankreich und die Benelux-Länder wichtige Bereiche ihrer Arbeitsmärkte abgeschottet.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte mit der Studie unter anderem das Forschungsinstitut der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung beauftragt.

Den positiven wirtschaftlichen Effekt der EU-Erweiterung betont auch eine Studie des World Economic Forums. Der Bericht stellt fest, dass die neuen und ärmeren Länder dazu beitrugen, die EU insgesamt wettbewerbsfähiger zu machen. Einige unter ihnen erzielten dabei bessere Ergebnisse als die etablierten Länder der EU. Die Studie, die alle zwei Jahre erstellt wird, listet Dänemark als wettbewerbsfähigste Wirtschaftsnation auf Platz eins, gefolgt von Finnland, Schweden, Holland und Deutschland.

Allerdings: Mehrere der zehn Länder, die der EU 2004 beitraten, sind in der Rangliste schnell nach oben geklettert, angeführt von Estland, Tschechien und Slowenien. Italien dagegen, ein Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft liegt hinter diesen Staaten. „Im allgemeinen haben die neuen Mitgliedstaaten zu einer Dynamik und zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit in der EU geführt“, sagte Jennifer Blanke, leitende Wirtschaftsanalystin beim World Economic Forum in Genf.

Die Türkei steht nicht nur vor Bulgarien und Rumänien, die im Januar 2007 beitreten werden, sondern auch vor Polen und vor Kroatien, ebenfalls ein Beitrittskandidat.

Der positive Effekt der neuen Mitglieder auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU hat gemäß Blanke zwei Gründe: Zum einen vollzogen die Länder – mit der finanziellen Hilfe der EU – einen tief greifenden strukturellen Wandel, zum anderen setzten sie ihre westlichen Nachbarn unter Druck. „Die neuen Mitglieder haben für mehr Wettbewerb innerhalb der EU gesorgt und haben die älteren EU-Staaten dazu gezwungen, sich an die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen“, sagte Blanke. Trotz dieser positiven Effekte wird die EU wohl das Ziel verfehlen, bis 2010 die wettbewerbsfähigste Wirtschaftsregion der Welt der zu sein – die so genannte Lissabon-Strategie.

Reuters & International Herald Tribune

VI. Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien eingeschränkt

Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien haben auch nach dem EU-Beitritt der Länder nicht uneingeschränkt Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung beschloss in Berlin

Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zum 31. Dezember 2008. Mit der Entscheidung werden nach Angaben des Arbeitsministeriums bulgarische und rumänische Staatsangehörige den Bürgern der zehn Mitgliedstaaten gleichgestellt, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind. Ausnahmen sind hier Malta und Zypern, für die bereits die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.

Oberstes Ziel der Bundesregierung sei eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. Deshalb müsse man den Zugang von Beschäftigten aus den beiden Ländern steuern und einen "unkontrollierten Zustrom von Wanderarbeitnehmern aus dem Niedriglohnsektor in den deutschen Arbeitsmarkt verhindern". Die Beschränkungen beziehen ausdrücklich die Branchen Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration mit ein.

Nur zehn der bisherigen 25-EU-Mitgliedstaaten wollen den neuen EU-Bürgern den völlig freien Zugang erlauben. Eine unbeschränkte Öffnung planen Polen, Finnland, Schweden, die Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Zypern, die Tschechische Republik und Slowenien. Einschränkungen und Übergangsfristen sehen diesmal auch Großbritannien und Irland vor. Bei der Erweiterungsrunde 2004 hatten sie sich noch großzügiger verhalten und den vollen Zugang gewährt. Wie Deutschland planen unter anderem auch Dänemark, die Niederlande, Griechenland und Spanien eine zweijährige Übergangszeit. Diese Frist kann in gegebenenfalls in weiteren Schritten auf insgesamt sieben Jahre verlängert werden.

Tagesschau.de

VII. Positive Wirtschaftsprognosen für 2007

Die Unternehmenschefs in Deutschland sind guter Dinge – obwohl am 1. Januar die Mehrwertsteuer erhöht wird. Der Ifo-Geschäftsklimaindex für Dezember stieg stärker an als erwartet. So gut war die Stimmung in den Firmen zuletzt Anfang der 90er Jahre.

Im Dezember stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex von 106,8 auf 108,7 Punkte und damit stärker als erwartet, teilte das Wirtschaftsforschungsinstitut am Dienstag in München mit. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Volkswirte hatten zuvor lediglich damit gerechnet, dass der Index auf seinem November-Stand verharrt. "Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem außerordentlich starken Boom wie zuletzt 1990", sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist eines der wichtigsten Konjunkturbarometer in Deutschland. Im Dezember beurteilten die rund 7000 befragten Unternehmen sowohl ihre aktuelle Lage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate positiver.

So verbesserte sich der Lage-Index von 113,9 auf 115,3 Punkte. Damit sprang er auf den höchsten Stand seit Anfang 1991. Der Erwartungs-Index für die kommenden sechs Monate stieg von 100,2 auf 102,5 Punkte. Die gute Stimmung hat fast alle Branchen angesteckt. So legte der Index in der Industrie kräftig zu. Zudem bewerteten die Unternehmen dieser Branche zum dritten Mal in Folge auch die Perspektiven für die nächsten sechs Monate positiver. Auch das

Bauhauptgewerbe sieht seine Lage deutlich zuversichtlicher. Dem Einzelhandel bereitet die Mehrwertsteuererhöhung inzwischen weniger Sorgen. Im Dezember legte der Erwartungsindex der Branche erstmals wieder zu.

Vor zu viel Optimismus warnt Commerzbank-Ökonom Ralph Solveen. Die Unternehmen seien anscheinend in absoluter Hochstimmung. "Man darf aber Tendenzen der Selbstverstärkung nicht außer Acht lassen", mahnte er. Im Augenblick laufe die Konjunktur sehr gut. "Das steht ein wenig im Widerspruch zu den letzten nicht besonders guten Zahlen aus der Industrie zu Auftragseingängen und Produktion. Aber der Ifo-Index hat sowieso eher einen Gleichlauf als einen Vorlauf zur Konjunktur.

Auch die Bundesregierung blickt optimistisch auf 2007. Sie schätzt, dass trotz der höheren Mehrwertsteuer die Wirtschaft im kommenden Jahr um mindestens zwei Prozent wachsen wird. Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach bejahte heute in Potsdam am Rande einer Konferenz die Frage, ob das Wachstum 2007 eine zwei vor dem Komma haben werde. „Die Mehrwertsteuer ist praktisch schon absorbiert“, sagte Pfaffenbach. Die Steuererhöhung führe zwar zu einer kleinen Konjunkturdelle, von ihr gehe aber keine Gefahr aus. Bisher liegt die offizielle Prognose der Bundesregierung bei rund 1,4 Prozent. Für das laufende Jahr gehen die meisten Experten von etwa 2,5 Prozent.

So gut wie sicher hat Deutschland den Titel Exportweltmeister 2006. Im Oktober stiegen die Ausfuhren so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Mit plus 22,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert kletterten die Exporte auf 84,1 Milliarden Euro, teilte das Statistische Bundesamt mit. Von Januar bis Oktober summierte sich der Zuwachs auf 13,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Auch die Verbraucher schätzen die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv ein. Dem ZDF-Politbarometer zufolge gehen 53 Prozent der Bundesbürger davon aus, dass es mit der Wirtschaft aufwärts geht. Weitere 31 Prozent nehmen an, dass sich da nicht viel ändern wird, und nur noch 15 Prozent befürchten, dass es abwärts geht. Nach Angaben der Meinungsforscher hat es eine solch positive Einschätzung seit zehn Jahren nicht mehr gegeben.

In gewissem Kontrast dazu stehen allerdings die Erwartungen der 1.202 Befragten an die persönliche Wirtschaftslage. Sie haben sich praktisch kaum verändert: Der Anteil derjenigen, die an eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage glauben, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur von 18 auf 20 Prozent. In gewissem Kontrast dazu stehen allerdings die Erwartungen der 1.202 Befragten an die persönliche Wirtschaftslage. Sie haben sich praktisch kaum verändert: Der Anteil derjenigen, die an eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage glauben, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur von 18 auf 20 Prozent.

FTD, Handelsblatt, Berliner Zeitung & Süddeutsche Zeitung

VIII. Wirtschaft und Regierung streiten über CO2-Ausstoß

Gegenwärtig verhandeln Bundesregierung und Kommission über den Beitrag, den die deutsche Industrie zwischen 2008 und 2012 beim Emissionshandel zum Abbau von Treibhausgasen beisteuern muss. Die Bundesregierung will den Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid durch deutsche Anlagen auf 465 Millionen Tonnen im Jahr begrenzen. Brüssel geht dies noch nicht weit genug. Die Kommission verlangt eine Reduktion auf 453 Millionen Tonnen. Die Industrie befürchtet nun, dass Deutschland der EU weiter entgegenkommen könnte als bislang geplant.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie die Chefs mehrerer großer Industrie- und Energiekonzerne haben der Bundesregierung in einem offenen Brief massiven Vertrauensbruch vorgeworfen, weil sie weit reichenderen Forderungen der EU-Kommission beim Emissionshandel nachgegeben habe. BDI-Präsident Thumann und 17 weitere Topmanager hatten mit einem Investitionsstopp gedroht, sollten die Pläne aus Brüssel Wirklichkeit werden.

Die Bundesregierung sieht sich aber zu Unrecht heftiger Kritik der Wirtschaft im Streit um Klimaschutzauflagen ausgesetzt. Die Kanzlerin habe mit Verwunderung auf einen Brief deutscher Top-Manager reagiert, in dem diese der Bundesregierung einen "massiven Vertrauensbruch" vorwerfen, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. "Die Forderung der EU-Kommission nach einer weiteren Absenkung des deutschen CO2-Ausstoßes auf 453 Millionen Tonnen sind von der Bundesregierung zurückgewiesen worden. Die Annahme der Autoren des Briefes, die Bundesregierung habe eingelenkt, ist falsch", so Wilhelm.

Derzeit gebe es in dieser Frage intensive Gespräche mit der Kommission. "Dabei hat die Kanzlerin deutlich gemacht, dass das angestrebte Emissionsziel von 453 Millionen Tonnen ganz und gar inakzeptabel ist", so der Sprecher der Bundesregierung.

Nach Informationen von WELT.de ist es bereits am Freitag am Rande des EU-Gipfels in der Frage des Klimaschutzes zu einer harten Diskussion zwischen Merkel und EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso gekommen. Die Bundeskanzlerin hat dabei nach Angaben aus informierten Kreisen betont, dass Deutschland zu seinen Kyoto-Verpflichtungen stehe. Eine einseitige Übererfüllung der Klimaschutzziele durch Deutschland komme aber nicht in Frage, so Merkel.

Berliner Zeitung & Die Welt

IX. Geplantes Rauchverbot scheitert

Die Bundesregierung stoppt die Pläne für ein umfassendes Rauchverbot in Deutschland aus verfassungsrechtlichen Gründen. Anders als eine Arbeitsgruppe der Fraktionen von SPD und Union sahen Innen- und Justizministerium die Kompetenzen für eine solche Regelung bei den Ländern. Ärzte, Gesundheitspolitiker und Opposition warfen der Regierung vor, jetzt vor der Tabakindustrie eingeknickt zu sein.

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm kündigte an, der Bund werde nun dort Regeln erlassen, wo er zuständig sei. Dies gelte etwa für bundeseigene Gebäude. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wolle mit den Ministerpräsidenten am nächsten Mittwoch über eine Initiative zum Nichtraucherschutz sprechen. Mehrere Länder, darunter auch Berlin, planen nun eigene Gesetze.

EU-Kommissar Kyprianou sagte, er hoffe, "dass die deutschen Behörden rasch Fortschritte machen bei der Einführung wirksamer Maßnahmen, um Rauchen in allen geschlossenen Arbeitsstätten und öffentlichen Plätzen zu verbieten". Er wandte sich gegen Ausnahmen vom Rauchverbot, wie sie in Deutschland etwa für Bars und Kneipen diskutiert werden. Ausnahmen "würden den Entwöhnungseffekt verringern, den ein totales Verbot bringen könnte". Die Rauchverbote in Ländern wie Irland oder Italien hätten gezeigt, dass dies der Wirtschaft nicht schade. "Es gab keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung oder die Umsätze im Gastgewerbe", sagte der EU-Kommissar.

Berliner Zeitung

X. Deutschlands IT-Branche fordert Einwanderung nach Punktesystem

Die deutsche IT-Branche forderte im Rahmen eines Technologiegipfels, an dem auch Kanzlerin Angela Merkel teilnahm, eine Einwanderungspolitik, die sich an einem Punktesystem orientiert. „Wir wollen die Einführung eines Punktesystems, das auf den Kriterien Qualifikation, Alter und Sprachkenntnissen beruht, sagte Jörg Menno Harms, Vize-Präsident des Bundesverbands Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Jeder, der die Kriterien des Punktesystems erfülle, solle auf Dauer in Deutschland bleiben dürfen, so Harms weiter.

Eine kürzlich veröffentlichte BITKOM-Umfrage ergab, dass die Hälfte der deutschen IT-Unternehmen einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften beklagt. Obwohl die deutsche Arbeitslosenrate um 10% liegt, gehen Analysten davon aus, dass der Fachkräftemangel sich künftig noch verstärken werde, weil die Bevölkerung altert und gut ausgebildete Fachkräfte oft zum Arbeiten ins Ausland gehen.

Besonders kritisierte Harms die Regel des Zuwanderungsgesetzes, der gemäß einwanderungswillige Fachkräfte mindestens 84.000 Euro (109.000 Dollar) Jahresgehalt verdienen müssen. Das Zuwanderungsgesetz wurde 2005 eingeführt und sollte qualifizierte Leute ermutigen, nach Deutschland zu kommen. Es scheint aber, dass das Gesetz sein Ziel verfehlt: Die Zahl der hoch qualifizierten Einwanderer sank 2005 im Vergleich zu 2004.

Berliner Zeitung & Deutsche Welle

XI. Firmennachrichten

Der deutsche Energiekonzern Eon bekommt für seine Übernahmepläne in Spanien Rückendeckung von der EU-Kommission



Auch die neuen spanischen Auflagen zur Übernahme des spanischen Versorgers Endesa wurden von den Binnenmarktwächtern der Kommission kassierten. Die EU-Kommission erklärte die Auflagen am Mittwoch in Brüssel für illegal, weil die EU-Kommission allein zuständig sei. Spanien müsse die Auflagen seiner Regulierungsbehörde vom November nun bis zum 19. Januar aufheben

Madrid hatte nach einer ersten Verwarnung der Kommission Ende September bereits einen Teil der Hürden für die Übernahme abgebaut. Mit dem neuen Beschluss machte Brüssel jedoch klar, dass dies nicht ausreicht.

Die Entscheidung bezieht sich auf vier entschärfte Auflagen, die die spanische Regulierungsbehörde CNE Anfang November veröffentlicht hatte. Danach dürfte Eon, das 37 Mrd. Euro für Endesa, den spanischen Konkurrenten nur übernehmen, wenn dieser mindestens fünf Jahre lang seinen Namen behielte. Tochterfirmen etwa auf den spanischen Inseln dürften in den ersten fünf Jahren nach der Fusion nicht verkauft werden.

Außerdem sollte Eon zusichern, dass die Kohlekraftwerke von Endesa weiterhin spanische Kohle verwenden und dass der deutsche Konzern nach der Übernahme "keine strategischen Entscheidungen hinsichtlich der Versorgungssicherheit trifft, die der spanischen Rechtsordnung widersprechen".

Eon selbst hatte die jüngsten Auflagen akzeptiert, nachdem frühere Bedingungen von Spanien wieder aufgehoben worden waren. Die EU-Kommission urteilte jedoch, die modifizierten Vorgaben verletzen weiterhin die Niederlassungsfreiheit und das Gebot des freien

Kapitalverkehrs. Der Düsseldorfer Energieriese Eon hat 2005 den Essener Konkurrenten RWE beim Stromabsatz auf Platz zwei verwiesen und ist zum größten Anbieter Deutschlands aufgestiegen. Auf den Plätzen drei und vier der Statistik blieben EnBW und Vattenfall.

Financial Times Deutschland

KKR/Permira neue Eigentümer von ProSiebenSat.1



Die Münchner TV-Sendergruppe ProSiebenSat.1 bekommt einen neuen Besitzer: das Konsortium der beiden Finanzinvestoren KKR und Permira. Die neuen Eigentümer wollten ProSiebenSat.1 mit ihrer europäischen Sendergruppe SBS zu einem Unternehmen mit Sitz in München zusammenführen.

Die Verträge zwischen den Käufern Permira/KKR und dem Verkäufer Haim Saban waren kaum unterzeichnet, da kündigten die designierten Besitzer der Sendergruppe auch schon einen Großangriff auf die Konkurrenz an. "Es ist gut, sich gewisse Kampfziele zu setzen. Unser Maßstab ist natürlich RTL", sagte Götz Mäuser von der Investment-Firma Permira.

Permira und KKR wollen ProSiebenSat.1 mit der vor allem in Skandinavien und Osteuropa aktiven Senderkette SBS zusammenlegen, die sie vor einem Jahr gekauft haben. Der neue europäische TV-Konzern würde zunächst weiter hinter der zu Bertelsmann gehörenden RTL Group liegen, die in elf Ländern über 70 TV- und Radiosender betreibt und einen Jahresumsatz von fünf Milliarden Euro erzielt. ProSiebenSat.1 und SBS kommen zusammen auf etwa drei Milliarden Euro. "Aber es ist ganz klar unser Ziel, Nummer eins in Europa zu werden", sagte KKR-Europa-Chef Johannes Huth.

Permira und KKR halten jeweils 50 Prozent an der Lavena Holding 4, die offiziell 50,5 Prozent des Grundkapitals an ProSiebenSat.1 erworben hat. Das Konsortium um Haim Saban erhält dafür rund 3,1 Milliarden Euro. Das entspricht einem Preis von 28,71 Euro je Stammaktie. Vor drei Jahren, nach der Pleite von Leo Kirch, haben Saban und seine Mitinvestoren nur 7,50 Euro pro Anteilschein zahlen müssen. Insgesamt zahlten sie damals nur etwa 800 Millionen Euro.

Berliner Zeitung

EU Kommission verhängt Geldstrafe gegen ThyssenKrupp wegen illegaler Preisabsprache



Die EU-Kommission entschied, dass der Konzern 3 Millionen Euro zahlen muss. Einige Jahre zuvor war der Stahlkonzern noch mit einem blauen Auge davon gekommen.

Die Brüsseler Behörde bekräftigte am Mittwoch ihren Vorwurf, die inzwischen zu ThyssenKrupp gehörende frühere Thyssen Stahl GmbH habe in den Jahren 1993 und 1994 illegale Preisabsprachen mit sieben weiteren Herstellern von rostfreiem Stahl getroffen. In ihrer Eigenschaft als Wettbewerbshüterin hatte die EU-Kommission deswegen bereits 1998 eine Geldstrafe verhängt, die jedoch vom EU-Gericht erster Instanz aus verfahrensrechtlichen Gründen aufgehoben wurde.

Der Verfahrensfehler wurde nach Angaben der EU-Kommission nun nachträglich korrigiert, so dass das Bußgeld erneut verhängt werden konnte. "Unternehmen können sich darauf verlassen, Kartellstrafen nicht aus Verfahrensgründen zu entgehen", sagte Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes in Brüssel.

Der Konzern schloss das Geschäftsjahr 2005/2006 mit einem satten Plus von 56 Prozent beim Vorsteuerergebnis ab. Zu dem Rekordergebnis trug vor allem der weltweite Boom in der Stahlbranche bei. Doch auch die übrigen Sparten können Konsolidierungserfolge vorweisen. Das Geschäftsjahr schloss ThyssenKrupp mit einem Vorsteuerergebnis von 2,62 Mrd. Euro ab. Damit war der Ende September abgeschlossene Bilanzzeitraum der erfolgreichste seit der Fusion der Unternehmen Thyssen und Krupp 1999. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Prozent auf 47,1 Mrd. Euro und lag damit etwas über den Erwartungen der Analysten. Unter dem Strich fuhr Deutschlands größter Stahlkonzern einen Gewinn von rund 1,7 Mrd. Euro ein - ein Plus gegenüber dem Vorjahr von knapp 58 Prozent.

FTD

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org